

Beschluss gegen Sparmaßnahmen der Haushaltskommission am 28.11.2014

Hiermit stellt sich die Fachschaft Psychologie gegen die Sparmaßnahmen der Universität Bremen, die die Haushaltskommission des Akademischen Senats vorschlägt. Aufgrund der aktuellen Diskussion um die von der Senatorischen Behörde auferlegten Sparzwänge, wird ein Vorschlag der Haushaltskommission der Universität Bremen mit einigen Sparvorschlägen aufgeführt.

Obwohl in der Vorlage im gleichen Absatz aus „wissenschaftlichen und haushaltärischen Gründen (Hochschulpakt) abgelehnt, wird, unter anderem, die Schließung des Studiengangs Psychologie aufgezählt. Bei den Schließungsplänen des Rektorats wird nicht beachtet, dass eine Streichung des Studienfachs frühestens einen Spareffekt ab dem Jahr 2020 einbringen kann. Bis dahin wird aufgrund von fehlenden neuen Studiengeldern von 1. Semester Student*innen, ein Defizit verzeichnet werden. Desweiteren wurden in der Resolution der Fachschaft Psychologie vom Juli 2014 weitere Argumente gegen eine Schließung des Studiengangs Psychologie an der Universität dargelegt.

Mit diesem Beschluss soll sich nicht nur für einen Erhalt des Fachs Psychologie an der Universität ausgesprochen werden, sondern vielmehr für den Erhalt des kompletten Studiengangebots an der Universität Bremen. Im Zuge dessen wird hiermit eine Ausfinanzierung aller Studiengänge gefordert.

Im Fach Psychologie soll zum nächst möglichen Zeitpunkt, mit einer externen Kommission, die Neuausrichtung des Fachs und eine anschließende Neuberufung von vakanten Professuren angegangen werden.

Die in Erwägung gezogene Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrags für Student*innen der Universität Bremen um bis zu 40 Euro ist unter dem Aspekt von bundesweit abgeschafften Studiengebühren nicht tragbar. Eine derart drastische Erhöhung dieses Beitrags um 80% ist als Finanzierung der Universität durch Studierende anzusehen. Dies ist, mit der Forderung an die Senatorische Behörde an eine Ausfinanzierung der Bremer Hochschulen, abzulehnen.

Die Fachschaft Psychologie fordert die Mitglieder des Akademischen Senats auf, sich gemeinsam mit den Studierenden für eine Ausfinanzierung der Universität gegenüber der Senatorischen Behörde auszusprechen und die Beschlussvorlage der Haushaltskommission abzulehnen.